

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Besondere: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Kioskbüchereien 2 Ull. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postzustellung 3 RM., zuzüglich Abzug für Porto. Alle Postbestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10 in Wilsdruff. Die Redaktion befindet sich in der Hauptstraße 10 in Wilsdruff. Die Druckerei befindet sich in der Hauptstraße 10 in Wilsdruff. Die Anzeigenpreise sind in der Geschäftsstelle zu erfragen. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10 in Wilsdruff.

Abonnementpreise: die 8-spaltige Nummer 20 Pf., die 4-spaltige Nummer 10 Pf., die 2-spaltige Nummer 5 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10 in Wilsdruff.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 72 — 88. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amieblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 26. März 1929

„Schlagende Gründe.“

Alles mögliche ist schon versucht worden, um den politischen oder parteipolitischen Auseinandersetzungen die „schlagenden Gründe“ zu entziehen; genügt hat es nicht viel. Genügt hat es auch kaum, wenn hier und da vielleicht einmal — z. B. vor einer Wahl — so eine Art Burgfrieden zwischen den verschiedenen Parteien und Verbänden vereinbart wurde und man allerseits die Zusicherung gab, sich lediglich auf mündliche Auseinandersetzungen zu beschränken. Bald war doch wieder der Krieg da und dann spielten eben nicht bloß jene „schlagenden Gründe“, also Jauntaten, Steine oder was sonst zur Hand war oder rasch herbeigebracht, teilweise auch mitgebracht wurde, eine unerfreuliche Rolle, sondern das virtuos geführte standfeste Messer oder der Schlagring. Bisweilen, und nicht gerade sehr selten, auch der Stiefelabsatz. Hinterher haben dann die Ärzte zu tun oder — nichts mehr zu tun.

Wird daher die Wahrung noch Erfolg haben, die jetzt der preussische Innenminister an die politischen Verbände und die ihnen nahestehenden Parteien und Zeitungen richtet und die auch andere Landesminister hätten abgeben können, alle Anstrengungen zu machen und das Notwendige zu veranlassen, um der steigenden politischen Verheerung und den durch sie hervorgerufenen, zum mindesten nicht verhinderten Kämpfen jener Art endlich einmal ernsthaft entgegenzuwirken? Es ist nicht die erste Mahnung dieser Art, nur wird sie diesmal verstärkt durch die Drohung, zu einer Auflösung von Vereinen und Verbänden zu schreiten, die nichts tun, um solche Ausschreitungen zu verhindern, sie womöglich insgeheim noch fördern. Das gleiche wird in einem Erlaß des Ministers an die Polizeibehörden gesagt — allerdings geht er noch weit über die Drohung einer Auflösung insofern hinaus, daß er ein vorbeugendes Verbot von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel oder Umzügen anordnet, wenn diese „eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen“, ebenso von geschlossenen Versammlungen, „die nach Beginn eines unruhigen Charakters annehmen“. Das ist reichlich unbestimmt, verlangt also eine viel genauere Festlegung der Voraussetzungen für solche Auflösungen und Versammlungsverbote, weil sonst leicht der Vorwurf laut werden kann, daß bei ihnen auch wieder parteipolitische Erwägungen mitsprechen können. Andererseits können freilich gerade die Ortsbehörden am besten beurteilen, ob bei irgendwelchen parteipolitischen Versammlungen „Gefahr in Verzug“ vorliegt.

Es ist geradezu traurig, daß es überhaupt zu diesem Erlaß erst noch kommen mußte! Aber gerade in letzter Zeit sind wiederholt parteipolitische Morde und Schlägereien vorgekommen, die ihre Opfer unter besonders üblen Umständen forderten. Das sind nicht mehr Körperverletzungen im parteipolitischen Affekt, sondern wohl vorbereitete Handlungen, denen auch die Polizei häufig machtlos gegenübersteht. Traurig ist es, daß erst Versammlungsverbote notwendig wurden, um die Ruhe einigermaßen wiederherzustellen, daß also die Staatsautorität eingeseht werden mußte, um die parteipolitische „Kampfbühne“ auseinanderzubringen und vielleicht noch Schlimmeres zu verhindern! Das ist unwürdig eines Volkes, das den Anspruch erhebt, politisch reif zu sein, und bei dem nun eine Art Erziehungsarbeit einsetzen muß. Zum mindesten heute droht mit einer solchen zwangsmäßigen Verhütung der unreifen Teile unseres Volkes, die im politischen Kampf zur rohen Gewalt greifen.

An Worten und Mahnungen hat es bisher wirklich nicht gefehlt, aber sie blieben, wie der preussische Innenminister erklärt, bedauerlicherweise vielfach ohne Erfolg. Noch einmal will er die Parteien und Verbände selbst appellieren, ihrerseits dem Kampf weniger schroffe, ruhestörende Formen zu geben, noch einmal — aber zum letzten Mal. Müßte es auch diesmal nichts, dann will er rückblickend die Macht des Staates einsetzen, weil es ja schließlich doch Hauptaufgabe des Staates ist, für Ruhe und Ordnung auch bei der Ausübung parteipolitischer Meinungsäußerungen zu sorgen, den Schlagring nicht zur beliebtesten politischen Waffe werden zu lassen. Eins wird man in den angedrohten Maßnahmen noch vermissen, was aber bekanntlich leider nur zu oft gerade der Ausgangspunkt politischer Schlägereien wurde: Versammlungsschutz. Das mehr oder weniger gewaltsame Sprengen von Versammlungen, das ja immer vorher genau organisiert ist, müßte so weit wie irgend möglich verhindert oder, wo es doch geschieht, unter Strafe gestellt werden. Leider ist ein entsprechender Vorschlag 1924 im Reichstag abgelehnt worden, aber er wäre die — und zwar eine leider sehr notwendige — Ergänzung der angedrohten polizeilichen „Veruhigungsaktion“. Hinter der freilich noch ein nicht gerade kleines Fragezeichen steht: wie weit läßt sie sich im Hinblick auf die vielfach allzu geringen Mannschftsbestände der Polizei namentlich abseits der Großstädte überhaupt durchführen? Wiederholt war sie ja viel zu schwach, um durchgreifen zu können. Was allein sie unterziehen kann, wäre auch ein energisches Durchgreifen der Parteien und Verbände ihren eigenen Mitgliedern gegenüber.

Um die Höhe der Tributzahlungen

Kurze Vollsitzung

Paris, 25. März. Die Havas-Agentur berichtet über den Verlauf der nachmittags abgehaltenen kurzen Vollsitzung der Reparationskonferenz, daß nach Erstattung der Berichte durch Lord Revestolle und den amerikanischen Delegierten Perkins der Vorsitzende Owen D. Young das Wort ergriffen und erklärt habe, daß nach seiner Ansicht der Augenblick gekommen sei, die Frage der Ziffern anzuschneiden. Er habe vorgeschlagen, daß die Delegierten in privaten Unterredungen von Delegation zu Delegation darüber sprechen, um die vertiefte Prüfung in der Vollsitzung vorzubereiten. Dieser Vorschlag sei von dem Reparationsfachverständigenausschuß angenommen worden. In dieser Woche wird nur noch eine Vollsitzung abgehalten. Die Einberufung auf Mittwoch oder Donnerstag sei dem Vorsitzenden anheimgestellt worden. Die Konferenz tritt dann erst wieder am 4. April zusammen.

Die am Nachmittag stattgefundene Vollsitzung der Reparationskonferenz dauerte nur eine halbe Stunde. Lord Revestolle legte den letzten Teil seines Berichts betreffend die Kapitalbeschaffung der geplanten Zentralbank vor. Ueber ihn ist im wesentlichen eine Einigung erzielt worden. Namens des Sachlieferungsausschusses erstattete Perkins einen neuen Bericht. Verschiedene das Sachlieferungsprogramm betreffende Fragen sind auf Antrag von deutscher Seite zurückgestellt worden.

Die Sachverständigen erst auf halbem Wege

Berlin, 25. März. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht unter obiger Überschrift einen Artikel seines Pariser Sonderberichterstatters über die Sachverständigenverhandlungen, in dem es unter anderem heißt: Der Handel um die Zahlen hat noch nicht zur Einigung geführt. Etwa 400 Millionen Mark für die Durchschnittsumsatz auf 37 Jahre beträgt wohl heute die Kluft zwischen Angebot und Forderung. Man darf diese Zahl nicht unterschätzen. Das bedeutet für Deutschland den Unterschied zwischen dem noch gerade Möglichen und der Gefahr einer finanziellen Katastrophe. Es gibt Grenzen, an denen ein Pfennig mehr

Hugenbergs Brief an Amerika

„Unsere Sache ist eure Sache.“

Zuerst durch Andeutungen Berliner Blätter und dann durch eine Veröffentlichung der Pressestelle der Deutschnationalen Partei wurde bekannt, daß Geheimrat Dr. Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, einen Brief an sämtliche Senatoren und Abgeordnete der Vereinigten Staaten, an die dortigen Gouverneure und Bürgermeister, an alle führenden Zeitungen und an hervorragende Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und geistigen Lebens in Amerika geschickt hat. Der Brief nimmt Stellung zu den gegenwärtig schwebenden Pariser Reparationsverhandlungen und wurde in der amerikanischen Presse veröffentlicht. Die Auslassungen Dr. Hugenbergs sollen, wie die deutschnationale Pressestelle mitteilt, amerikanischen Anregungen entsprochen haben.

Aus dem Wortlaut.

Das Schreiben erklärt, die Pariser Verhandlungen gäben hervorragenden Mitgliedern des amerikanischen Volkes Gelegenheit, ihre wichtige Stimme im Sinne einer endlichen Befriedung Europas und damit der Welt in die Waagschale zu werfen.

Dann heißt es u. a. weiter: „Deutschland ist nicht in der Lage, die bisherigen Lasten aus eigener Kraft zu tragen. Nur die Anleihen, die ihm — in der Hauptsache von Amerika — gegeben wurden, ermöglichen die Zahlungen der Tribute an die Alliierten. Aus eigener Kraft hat Deutschland seit dem Dawes-Pakt nicht zu zahlen vermocht. Jetzt ist also zahlen die Amerikaner die Tributlasten Deutschlands. Sie sind sicherlich ohne bösen Willen, aber tatsächlich — den Militarismus Frankreichs finanzieren, den Engländern ihren Flottenbau ermöglichen. Sie sind es, die auch dem Marxismus in Deutschland die Mittel in die Hand geben, sozialistische und wirtschaftssozialistische Experimente zu machen. Die Deutschnationale Volkspartei will eine vernünftige und gerechte Lösung der Tributfrage und der damit verknüpften Fragen. Nur eine gerechte Endlösung gibt fällen, die ihm seine geographische Lage zuweist, den Schutz der zivilisierten Welt vor dem Bolschewismus, eine Aufgabe, in der eigentlich die gebildeten, einsichtigen und fortschrittlichen Elemente der Welt zusammenstehen sollten. Treibt man es durch eine unvernünftige Politik und durch untragbare Lasten zur Verzweiflung, so treibt man es dem Bolschewismus in die Arme. Dann erst ist Deutschland eine Gefahr.“

Die Deutschnationalen beladen den Begriff des Privateigentums, die Grundlage eines jeden staatlichen Lebens. Wir lehnen daher einen Pakt mit den Sozialisten ab. Wir lehnen daher — als einzige große Partei Deutschlands — eine

oder weniger über Zahlungsfähigkeit oder Bankrott entscheidet. Aber auch von der Gegenseite werden diese 400 Millionen nicht als Lappalie behandelt, obwohl man im Vergleich zu den Forderungen schon um das Drei- bis Vierfache dieses Betrages heruntergegangen ist. Die Fälle der Kombinationsmöglichkeiten bilden rein äußerlich einen Verzögerungsfaktor. Sie sind aber andererseits die Basis für die allgemeine Forderung, daß man schließlich doch noch zu einer Einigung gelangen wird. Vom deutschen Standpunkt aus muß die vollkommene Wiederherstellung der wirtschaftlichen Souveränität Deutschlands die grundsätzliche Voraussetzung für eine Endregelung sein. Die englischen Sachverständigen haben diesen Grundsatz offenbar noch nicht voll anerkannt, wenn sie noch immer auf der Beibehaltung des Recovery Act bestehen, nach dem die englische Regierung das Recht hat, 25 Prozent des Entgelts für die private deutsche Einfuhr nach England zu beschlagnahmen. Man will an ihm festhalten, um sich Frankreich gegenüber einen großen Teil des bedingungslos erfolgenden deutschen Transfers zu sichern. Das Young-Komitee ist erst auf halbem Wege angelangt, und seine Verhandlungen werden noch manche Krise zu überwinden haben.

Stegerwald zur Koalitionsfrage.

Drei Wege.

Der Reichstagsabgeordnete des Zentrums Dr. Stegerwald ging in einer zu Büren (Westfalen) gehaltenen Rede auf die gespannte innenpolitische Lage ein und sagte dabei u. a.:

Es gibt nur drei Wege: entweder Diktatur oder Reichstagsauflösung oder aber feste Koalition. Diktatur bedeutet praktisch: die Zerreißung der Reichseinheit. Reichstagsauflösung bedeutet Stärkung des Radikalismus. Nicht bleibt nur der Weg zu einer festen Koalition offen. Wer im Zentrumsweg ein bewußtes Fernbleiben von der Regierung will, arbeitet praktisch, ob gewollt oder ungewollt, an der Umkehrung der Diktatur. Jede Regierungskoalition hat sich bewußt zu sein, daß die deutsche Politik in den nächsten Jahren auf allen Gebieten Ausgleichspolitik sein muß. Alle Parteien, die in der Regierung vertreten sind, müssen in den nächsten Jahren den Willen mitbringen, den Staatswagen, ohne Rücksicht auf vorübergehende Popularität oder Unpopularität, unter allen Umständen bergauf zu schieben.

Regierungsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten ab.

Unsere Sache ist die Sache aller derjenigen Elemente, die den Kampf gegen das Chaos wollen. Nach dem uns durch eine unvernünftige Regelung der Tributlasten den Kampf unmöglich, dann bricht das Chaos über Deutschland und damit über Europa herein und bringt schließlich die ganze zivilisierte Welt in Gefahr. Unsere Sache ist eure Sache.“

Als erste amerikanische Ankerung zu diesem Brief liegt diejenige der „New York Times“ vor. Sie besagt: „Stegerwalds Probleme wie auch die Bestrebungen der deutschen Bankiers, eine Lösung der Reparationsfrage zu erreichen, werden durch die Deutschnationalen nicht erleichtert. Wenn auch zu erwarten ist, daß Berlin den Ergebnissen der Reparationskonferenz kritisch gegenübersteht, werden, wie immer sie ausfallen mögen, so bedeutet doch die Vorankündigung seitens der Deutschnationalen, daß sie nicht mitarbeiten werden, eine Drohung, die niemandem schreckt, Deutschlands Stellung in der Welt jedoch wenig nützt.“

„Graf Zeppelin“ über dem Mittelmeer

Moderne Kreuzritter.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat seine Winterfesseln abgestreift und befindet sich auf der Frühjahrsfahrt. Den Sehnachtsweg so vieler Deutscher im Mittelalter hat Dr. Edener mit seinen Gefährten und Gästen eingeschlagen, um als moderne Kreuzritter zur Osterzeit die heiligen Stätten des Morgenlandes zu besuchen.

Als die Nacht, in der man auf Frankreichs argwöhnisches Geheiß hin die Fahrt antreten wollte, in Friedrichshafen einbrach, bestand wenig Hoffnung, daß der Start vonstatten gehen könnte, denn stromender Regen und eisiger Nebel hatten eingeseht. Aber vom Atlantik her war der Zeppelin ganz anderes Wetter gewöhnt und Dr. Edener entschloß sich um Mitternacht zur Fahrt.

Beinahe verjasteten.

Gegen 11.45 Uhr betreten die ersten Passagiere die Halle, unter ihnen die Gräfin Brandenstein-Zeppelin. Das Gepäck wird verfrachtet. Um 11.52 Uhr geht die Befahrung an Bord. Die Passagiere sind mit Ausnahme von Staatspräsident Holz und Reichsverkehrsminister a. D. von Guérard vollständig anwesend. Kurz darauf werden die Sandsäcke vom Schiff genommen. Punkt 12 Uhr gehen die meisten Passagiere an Bord. Da treffen auch Staatspräsident Holz und Reichsminister

■ Fördert die Ortspresse ■